

Protokoll



32. Sitzung vom 7. Juli 2025

fmr

Seite 699

| | |
|---------------------------|---|
| Behörde | Gemeinderat |
| Traktanden | Siehe unten |
| Sitzungsdatum/Zeit | Montag, 7. Juli 2025, 19:00 - 20:30 Uhr |
| Sitzungsort | Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4 |
| Teilnehmende | 35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär a.i. sowie der Ratsweibel |
| Entschuldigte | Ratssekretär Roger Kempf |

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Fragestunde
 3. Interpellation der FDP/BFPW-Fraktion, vom 19. November 2024, betreffend Optimierung der Städtischen IT; Beantwortung
 4. Interpellation der SVP-Fraktion, vom 27. Mai 2025, betreffend Stellenplan Stadtverwaltung; Begründung
 5. Postulat Grüne, vom 10. Juni 2025, betreffend Baumallee an der Oberdorfstrasse zur Klimaanpassung und Förderung der Schwammstadt-Prinzipien in Wädenswil; Begründung
 6. 21 Einbürgerungsgeschäfte
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 25. Juni 2025 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Der Verkehrsverein Wädenswil, die Stadt Wädenswil und der Feuerwehrverein Hütten organisieren auch dieses Jahr wieder den 1. August. Die 1. August-Feier findet ab 11.30 Uhr auf dem Seeplatz in Wädenswil bzw. ab 18.30 Uhr auf der Schanz in Hütten statt.

1.1 Überweisungen

Die Weisung 28 vom 12. Mai 2025, Teilrevision in Bezug auf die Festsetzung der Anzahl Wahlbüromitglieder und Wahlen, ist an die Sachkommission überwiesen worden.

1.2 Eingänge

Keine.

0.5.0

2. Fragestunde

2.1 Fragen Stadtbild- und Denkmalpflegekommission

Samuel Wehrli, Grüne, hat zu diesem Traktandum folgende Fragen eingereicht. Sie lauten:

Im November 2023 wurde ein Postulat zur Wiedereinberufung der Stadtbild- und Denkmalpflegekommission eingereicht, welches ohne Diskussion von der Stadträtin Planen und Bauen, Astrid Furrer, entgegengenommen wurde. Zentrale Anliegen waren, externe Experten mit einzubeziehen und der Stadt sowie den Bürgern bei Bedarf eine informierte und praxisbezogene Drittmeinung zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, die fruchtbare und effiziente Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bauherrschaften zu fördern.

Gemäss Webseite der Stadt besteht die Kommission zurzeit nur aus Astrid Furrer und Jan Meyer. Das Postulat scheint nach 1.5 Jahren nicht umgesetzt zu sein.

Fragen:

- 1. Was wurde bisher unternommen, um das Postulat umzusetzen?**
- 2. Warum war die Umsetzung bis heute nicht möglich?**
- 3. Wie schaut die Planung aus, um das Postulat umzusetzen?**
- 4. Wann wird die neue Stadtbild- und Denkmalpflegekommission aktiv sein?**

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Danke für die Fragen, die ich so verstehe, vor allem, weil wir auch verspätet sind mit der Beantwortung des Postulats und ich lege das gerne dar, wieso das so ist.

Bis jetzt haben wir analysiert, wie die Stadtbild- und Denkmalpflegekommission zukünftig funktionieren soll. Sie wurde schon aufgelöst in der letzten Legislatur von meinem Vorgänger. Das hatte verschiedene Gründe und wir haben dann angeschaut, was die neuen Strukturen sind, was Sinn macht von so einer SDK.

Dass es sie weiterhin geben soll, war für uns immer unbestritten innerhalb der Abteilung. Und ich behaupte jetzt mal, auch innerhalb des Stadtrats wird das nicht in Frage gestellt.

Wir mussten die verschiedenen Organisationsformen prüfen und was es vielleicht auch noch verzögert hat, ist, dass der neue Abteilungsleiter Planen und Bauen im Februar angefangen hat und er erst Mal kennenlernen musste, wie wir funktionieren und was es mit dieser STK auf sich hat.

Wir mussten auch innerhalb des Stadtrats noch Basisgrundlagen schaffen, wie das Geschäfts- und Verwaltungsreglement, was die Grundlage ist auch für Kommissionsarbeiten. Das hat die bisherigen Kommissionen soweit nicht betroffen. Die funktionieren gleich weiter. Aber jetzt einfach eine neue Kommission konstituieren zu müssen, hat man sich auch an das Reglement halten müssen. Und die anderen werden auch dort und da kleine Anpassungen machen müssen, damit sie dann konform sind.

Dann hat es auch noch etwas länger gedauert, wir mussten noch Formalitäten abklären, also speziell wie man mit externen Fachleuten umgehen möchte, die vielleicht aus Zürich kommen oder so. Den Ansatz anzuwenden, bei dem man Architekten zum Kommissionstarif entschädigt, funktioniert einfach nicht so gut, wenn man wirklich gute Fachleute, die noch renommiert sind, in so eine Kommission einnehmen möchte. Da mussten wir uns anschauen, wie wir damit umgehen.

Wir haben jetzt folgendes vorgesehen; es ist geplant, dass wir endlich nächsten Montag das ganze Geschäft, also das heisst die Neukonstituierung der SDK, in den Stadtrat bringen können, wo wir auch über die Personen reden. Und ebenfalls nächsten Montag werden wir über die Postulatsantworten von dir Samuel sprechen.

Ich hoffe, das kommt durch. Allerfalls gibt es eine zweite Lesung. Also sicher aber, denken wir zeitnah nach den Sommerferien allerspätestens, dass wir alles verabschieden können.

Deshalb wird es drittes Quartal 2025 bis die SDK beginnen kann. Und das scheint mir realistisch zu sein. Das wären meine Antworten.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Die Fragesteller haben nun die Möglichkeit, eine kurze Erklärung abzugeben, Präzisierungen zu verlangen und/oder sachbezogene Ergänzungsfragen zu stellen.

Samuel Wehrli, Grüne: Besten Dank an die Stadträtin für die Antwort. Was du gesagt hast, klingt gut und ich bin gespannt, was kommt. Insbesondere, dass wir anscheinend auch über externe Fachpersonen nachdenken und insbesondere auch gute Fachpersonen, wo man überlegen muss, wie es gemacht werden muss. Ich freue mich, dann mehr zu erfahren und wenn es dann bei uns ins Geschäft kommt und wir davon hören.

0.5.0

2.2 Fragen Energieverbund

Samuel Wehrli, Grüne, hat zu diesem Traktandum folgende Fragen eingereicht. Sie lauten:

Die Stimmberechtigten von Wädenswil haben dem Beitritt der Stadt zum Energieverbund mit einem Anteil von 51 % und rund 50 Millionen Franken zugestimmt. Seit Anfang Jahr wirbt der Energieverbund intensiv – unter anderem an jeder Bushaltestelle – für den Anschluss an das neue Wärmenetz. Kleineren Liegenschaften werden dabei die Anschlusskosten erlassen. Gleichzeitig wird jedoch eine Mindestbezugsleistung von 15 kW verlangt, was für kleinere Liegenschaften mit einem tatsächlichen Bedarf von 5-10 kW wirtschaftlich unattraktiv ist. Während die Werbung und der Erlass der Anschlusskosten darauf hindeuten, dass auch kleine Bezüger angesprochen werden sollen, schliessen die laufenden Kosten diese faktisch aus.

Fragen:

1. **Sollen kleine Liegenschaften vom Wärmeverbund profitieren können?**
2. **Ist es möglich, die Mindestbezugsleistung beispielsweise auf 5 kW zu senken, um auch für kleinere Liegenschaften ein attraktives Angebot zu schaffen?**
3. **Falls sich der Wärmeverbund nicht an kleine Bezüger richtet: Warum wird dann mit einer breit angelegten Werbekampagne die gesamte Bevölkerung angesprochen?**
4. **Besteht die Möglichkeit, dass die Werke einen öffentlichen Informationsanlass organisieren, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Hintergründe der Preis- und Kundenpolitik des Energieverbundes transparent zu erläutern?**

Stadtrat Werke Jonas Erni: Vielen Dank für das Interesse am Energieverbund Wädenswil und den ausführlichen Fragen, die ich ebenso ausführlich versuchen werde zu beantworten.

Wir hatten letzte Woche gerade die erste Verwaltungsratssitzung und sind intensiv am Aufbau der Firma. Darum kann ich sehr gerne die Fragen jetzt beantworten. Zu Punkt 1, ob kleine Liegenschaften vom Wärmeverbund profitieren sollen:

Auch kleine Liegenschaften sollen angeschlossen werden können. Darum sind Liegenschaften mit einer Anschlussleistung von unter 10 Kilowatt vom Anschlussbeitrag befreit. Ob ein Fernwärmeanschluss aber für kleinere Objekte wie beispielsweise Einfamilienhäuser auch sinnvoll ist, hängt jedoch von mehreren Faktoren ab. Entscheidend sind unter anderem die Lage des Gebäudes im Gebiet mit höherer Wärmebedarfsdichte sowie die Nähe zur geplanten Trassenführung. Auch wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, führen die jährlich anfallenden Grundpreise im Vergleich zu grösseren Objekten natürlich zu höheren spezifischen Wärmekosten. Daher können für Liegenschaften mit sehr geringem Wärmebedarf alternative Wärmelösungen, wie Wärmepumpen, in vielen Fällen wirtschaftlicher sein. Auch einen gemeinschaftlichen Anschluss von mehreren benachbarten Liegenschaften, sogenannte Quartierlösungen, können prüfungswerte Optionen darstellen. Da sind auch verschiedene Interessentinnen und Interessenten für gemeinsame Lösungen. Stand heute haben bereits zwei Liegenschaften unter 15 Kilowatt einen Vertrag unterschrieben.

Dann zu Frage 2, ob es möglich ist, die Mindestbezugsleistung zu senken:

Die Mindestbezugsleistung steht im direkten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit vom Wärmeverbund. Das ist ja intensiv behandelt worden, auch da im Gemeinderat und ich meine ganz klar, dass dies ein wirtschaftliches Firmenkonstrukt werden soll, was nicht subventioniert ist.

Damit ein solcher Wärmeverbund wirtschaftlich betrieben werden kann, braucht es eine ausreichend hohe Wärmebedarfsdichte entlang der Leitungen. Also genügend Wärmebezug pro Trassenmeter. Als Richtwert gilt dabei eine sogenannte Liniendichte von rund 2000 kWh pro Jahr und Trassenmeter bzw. etwa 1,5 kW Anschlussleitung pro Trassenmeter.

Wenn die Mindestbezugsleistung deutlich gesenkt würde, also etwa auf 5 Kilowatt, könnte in vielen Fällen der notwendige Wärmeabsatz pro Trassenmeter nicht mehr erreicht werden. Das würde schlussendlich die Wirtschaftlichkeit des gesamten Verbundes gefährden und ist in diesem Fall keine Option. Aus diesem Grund ist es leider nicht möglich, die Mindestbezugsleistung beliebig zu reduzieren.

Dann zur Frage 3, ob sich der Wärmeverbund an alle Bezüge richtet:

Da kann ich sagen, das Kommunikationskonzept, das auch erwähnt wird mit den verschiedenen Plakaten und auch dem Versand in die Haushalte, verfolgt, die gesamte Bevölkerung über das Projekt und dessen Bedeutung für eine nachhaltige und klimafreundliche Energiezukunft zu informieren. Dabei wird jede Eigentümerin und jeder Eigentümer die Möglichkeit erhalten und ermutigt werden, die individuelle Anschlussmöglichkeit zu prüfen und sich über das Angebot zu informieren. Der persönliche Kontakt ermöglicht dabei eine situationsspezifische Beratung und Prüfung von potenziellen Lösungen. Auch im Hinblick auf gemeinschaftliche oder alternative Versorgungsvarianten. So werden als eine der nächsten Kommunikationswellen kleine Kunden unter 15 Kilowatt persönlich angeschrieben. Dabei wird neben dem anderen Aspekt auch auf die zeitlich unbegrenzte Ermässigung des Anschlussbeitrags hingewiesen, was ja wiederum zeigt, dass kleine Kunden selbstverständlich auch willkommen sind. Zusätzlich ist man daran in der Beratung von Stockwerkeigentümergeinschaften und deren beratenden Unternehmungen mitzuwirken.

Dann zu der Frage 4, abschliessend, ob die Möglichkeit besteht bezüglich einem Informationsanlass und entsprechend weiterer Informationen. Dazu kann ich sagen, dass wir einen grossen Wert legen auf Transparenz und Offenheit in der Kommunikation. Darum ist die Preisstruktur auf der Energieverbund-Plattform www.energieverbund-waedenswil.ch ersichtlich und transparent dargelegt.

Um jedoch auf individuelle Fragestellungen und unterschiedliche Liegenschaftensituationen gezielt eingehen zu können, wird die persönliche Beratung bevorzugt und die haben wir auch intensiviert und bieten allen Interessenten an. Ergänzend dazu werden auch künftig punktuelle Informationsveranstaltungen für spezifische Quartiere oder Eigentümergemeinschaften angeboten, weil da gibt es sehr viele, seit wir Stockwerkeigentum haben. In der Schweiz ist das stetig gewachsen. Damit können wir gezielt Einblick in die Kunden- und Preispolitik ermöglichen und mögliche Anschlussvarianten aufzeigen.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Die Fragesteller haben nun die Möglichkeit, eine kurze Erklärung abzugeben, Präzisierungen zu verlangen und/oder sachbezogene Ergänzungsfragen zu stellen.

Samuel Wehrli, Grüne: Danke für die Ausführungen. Sie waren relativ technisch. Wir können jetzt noch viele Fragen stellen. Sie haben natürlich die Wirkung, dass sie relativ kompliziert sind und man darum gar nicht so genau weiss, was jetzt wirklich Sache ist von der rhetorischen Strategie her, scheint mir.

Trotzdem höre ich zwei Punkte heraus. Das eine ist, ja, wir möchten auch Kleine haben, aber nein, wir können die Mindestbezugsleistung nicht unter 15 Kilowatt machen. Also bedeutet das, dass Sie, wenn Sie jetzt sagen, Sie schreiben die Kleinen an, nochmals Werbung machen. Das Sie versuchen, die Kleinen zu gewinnen, obwohl, wenn sie mitmachen, sie dann eine unwirtschaftliche Lösung haben gegenüber einer anderen Wärmepumpe.

Oder ist es tatsächlich das Ziel, eine kompetitive Lösung des Wärmeverbundes anzubieten, auch für Leute unter 15 Kilowatt Bezugsleistung?

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Das war eine Anschlussfrage. Jonas, du hast das Wort.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Danke, wie bereits erwähnt, sind wir interessiert an allen Kundinnen und Kunden, die sich anschliessen möchten. Gleichzeitig sind wir an die Wirtschaftlichkeit gebunden, haben darum die gewisse Einschränkung bezüglich Mindestbezugsmenge und können diese darum nicht beliebig senken. Trotzdem kann es auch für Kleine sehr interessant sein, weil man eine All-in-One-Lösung anbietet. Vor allem jetzt in der Kernzone, wo du nicht viele andere Möglichkeiten hast, kannst du diese Lösung natürlich einfach anschliessen. Dort wird es auch eines der ersten Gebiete sein, wo dann diese Wärme verfügbar wird sein. Und gleichzeitig hat es durch den begrenzten Raum, der dort natürlich vorhanden ist, wie als einzige Möglichkeit überhaupt vom Wärmeverbund eine Anschlussmöglichkeit im erneuerbaren Sinn, die machbar ist. Und darum, ja, für alle, aber selbstverständlich müssen wir uns auch auf dem freien Markt behaupten, das war immer Thema. Und entsprechend kann natürlich eine andere Lösung günstiger sein. Wir wollen nicht zwingend alle anschliessen, aber alle, die möchten, sind willkommen.

Samuel Wehrli, Grüne: Vielen Dank für die Präzisierung, vielleicht melde ich mich abschliessend noch zu einem bilateralen Gespräch.

0.5.0

2.3 Fragen Stand Umsetzung elektronische Verfahrenshandlungen

Andreas Jörger, Grünliberale, hat zu diesem Traktandum folgende Fragen eingereicht. Sie lauten:

Schriftliche Verfahrenshandlungen nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) sind heute an die Papierform gebunden. Durch die Änderung vom 30. Oktober 2023 des VRG kann das Erfordernis der «Schriftlichkeit» ab dem 1. Januar 2026 auch in elektronischer Form erfüllt werden. Dies betrifft alle verwaltungsrechtlichen Verfahrenshandlungen, bei der die kantonale Gesetzgebung die Form der «Schriftlichkeit» verlangt. Die Anwaltschaft ist ab 1. Januar 2026 verpflichtet, Verfahrenshandlungen elektronisch vorzunehmen.

Im Schreiben vom 21. Mai 2025 der Staatsschreiberin des Kantons Zürich an den Zürcher Anwaltsverband (siehe Beilage) lässt sich weiter entnehmen, dass die Gemeinden aufgrund der Gemeinde- und Organisationsautonomie selbst entscheiden, welche Kanäle sie verwenden. Nach aktuellem Wissenstand würden in vielen Gemeinden die vom Bund anerkannten Zustellplattformen (Incamail, PrivaSphere) zum Einsatz kommen. Bei der Übermittlung von Eingaben seien die unterschriftsbedürftigen Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur (QES) zu versehen.

Fragen:

- 1. Was ist der aktuelle Stand der Umsetzung dieser Gesetzesänderung in der Stadt Wädenswil?**
- 2. Welche Verfahren sind von dieser Umsetzung betroffen?**
- 3. Welche Kanäle werden von der Stadt Wädenswil verwendet?**
- 4. Wie und wann werden die Kanäle kommuniziert?**
- 5. Wie wird gewährleistet, dass Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wädenswil ab dem 1. Januar 2026 rechtsgültige bzw. formell korrekte elektronische Eingaben an die Stadt Wädenswil machen können?**

Stadtpräsident Philipp Kutter: Das ist auch ein technisches Thema. Ich versuche es so allgemein und gut verständlich zu beantworten, wie es geht und es ist keine rhetorische Strategie. Also, wir haben natürlich auch die Vorgabe, dass auf den 1. Januar 2026 umzusetzen, was das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz vorgibt. Wir haben dazu schon im Jahr 2024 ein Projekt namens DigiLex at Wädenswil initiiert. Wir sind dran, die Bedürfnisse der Abteilungen und auch die technischen Möglichkeiten zu analysieren und erarbeiten die zukünftigen Lösungen. Das umfasst, wie wir schon gehört haben, eine qualifizierte elektronische Signatur, ein Siegel, ein Bürgerkonto, ein Formular und einiges mehr. Dabei ist die Stadt Wädenswil laufend im Austausch mit egovpartner. Das ist eine Organisation, die die Gemeinden im Kanton Zürich unterstützt.

Der Fragesteller fragt, welche Verfahren von dieser Umsetzung betroffen sind. Betroffen sind technisch gesprochen alle Verwaltungsverfahren der Stadt, die in einen Entscheid mit

Rechtsfolgen oder mit Recht und Pflichten münden. Also das heisst, in hoheitliche Anordnungen. Das betrifft die Beschlüsse des Stadtrats, der Schulpflege, der Baukommission oder auch die Verfügung der Verwaltungsabteilungen. Das betrifft zum Beispiel die unterschiedlichsten Bewilligungen, Erteilung von Patenten, Schulzuteilungen, Bestätigungen und Auszüge der Einwohnerdienste usw. Nicht betroffen sind blossе Auskünfte und allgemeine Hilfestellungen.

Auch die Handlungen und Entscheidungen des Gemeinderats sind nicht betroffen, weil die Parlamente keine Verwaltungsbehörden sind.

Jetzt für die Verwaltungsbehörden, das ist vielleicht für alle von Interesse, steht der Bevölkerung, steht Ihnen allen in Zukunft offen, ob Sie die Eingaben auf elektronischem Weg machen wollen oder wie bis jetzt auf dem Papierweg. Die Stadt ist verpflichtet, der Bevölkerung beide Wege anzubieten und sie muss auch auf dem gleichen Weg antworten.

Und was auch neu ist, neu ab 1. Januar 2026 finden Verwaltungsverfahren zwischen Behörden ausschliesslich noch elektronisch statt.

Der Fragesteller fragt, welche Kanäle die Stadt Wädenswil verwenden wird.

Die Stadt Wädenswil wird für Kommunikation den Zustellkanal IncaMail verwenden, für die, die das kennen. Weiter soll der Online-Schalter als weitere digitale Zustellplattform für die Bevölkerung etabliert werden. Das geschieht in Kombination mit einem neu gestalteten Bürgerkonto und bietet weitere Vorteile wie z.B. eine höhere Benutzerfreundlichkeit. Die Verknüpfung mit neuen eFormularen ermöglicht zudem medienbrauchfreie Prozesse über die Workflows. Und es ist möglich, auch zu unterzeichnen über die neue qualifizierte elektronische Signatur, wie das auch vorgesehen ist.

Dann fragt der Fragesteller auch noch, wie und wann die neuen Kanäle kommuniziert werden. Da kann ich Ihnen mitteilen, die Zustellkanäle sind – da gibt es eine Vorgabe vom Kanton – per 1. Januar 2026 der Staatskanzlei zu melden. Sie wird eine Übersichtsliste von allen Zustellkanälen von allen Gemeinden im Internet publizieren und wir gehen davon aus, dass der Kanton Zürich auch die Kommunikation an die Bevölkerung übernimmt oder mindestens den Lead übernimmt. Wir werden natürlich auf lokaler Ebene unterstützen.

Der Fragesteller fragt schliesslich, wie gewährleistet wird, dass Bürgerinnen und Bürger von der Stadt Wädenswil rechtsgültige bzw. formell korrekte elektronische Eingaben bei der Stadt Wädenswil machen können. Das ist grundsätzlich heute schon möglich, weil die Möglichkeit über IncaMail besteht schon heute.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Die Fragesteller haben nun die Möglichkeit, eine kurze Erklärung abzugeben, Präzisierungen zu verlangen und/oder sachbezogene Ergänzungsfragen zu stellen.

Andreas Jörgler, Grünliberale: Vielen Dank an den Stadtpräsidenten für die relativ ausführliche Beantwortung dieser Frage. Es war nicht eine Kurzfassung.

Ich bin grundsätzlich zufrieden mit den Antworten, die gegeben wurden. Das Einzige, was ich feststellen musste, ist, dass sehr viele Verfahren betroffen sind. Die Liste war ja nicht vollständig und hat sich schon relativ nach viel angehört. Das andere ist, gleichzeitig musste ich feststellen, dass es am 1. Januar 2026 publiziert wird. Ich würde da gegenüber der Stadt beliebt machen, ein bisschen aktiver zu sein und das vielleicht schon vorher zu kommunizieren. In dem Sinn, weil wenn sie am 1. resp. am 2. resp. am 3. Januar eine Eingabe machen in dem Sinn und dann zuerst suchen müssen. Es wäre es gerade für die Anwälte sehr sinnvoll, wenn sie sich schon vorgängig auf die Situation vorbereiten könnten. Insofern bin ich gespannt, wie die Stadt das macht. Wie gesagt, eine proaktive Information gegenüber der Bevölkerung wird beliebt gemacht vonseiten der Grünliberalen Partei.

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Möchtest du eine Replik halten Philipp?

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ja, ich bedanke mich bei Andreas für den Input, den wir gerne entgegennehmen.

0.5.4

3. Interpellation der FDP/BFPW-Fraktion, vom 19. November 2024, betreffend Optimierung der Städtischen IT; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter: Es gibt noch einmal eine ausführliche Antwort. Es gab auch ein paar interessante Fragen und ich möchte mich bei der FDP-BFPW-Fraktion bedanken für die Interpellation. Die Fragestellungen sind sehr berechtigt, weil die IT ja auch immer mehr oder einen grösseren Anteil von unserem Budget bindet und zunehmend auch Aufmerksamkeit geniesst.

Ich möchte mit ein paar grundsätzlichen Feststellungen anfangen. Die Erwartungen der Öffentlichkeit an die digitalen Dienste der Stadt steigen. Sie steigen auch weiter. Und auch intern wachsen die Bedürfnisse. Und mit den steigenden Erwartungen, das kann man fast parallel sehen, steigen dann auch Kosten und Komplexität. Und um es noch etwas herausfordernder zu machen, sind wir gerade im Bereich der Informatik mit einem recht akzentuierten Mangel an Fachkräften konfrontiert.

Die Interpellanten fragen zuallererst, wie wir mit externen Anbietern zusammenarbeiten. Da kann ich Ihnen mitteilen, dass die Stadt Wädenswil seit über 25 Jahren erfolgreich mit externen IT-Dienstleistungen zusammenarbeitet. Fast 40 % unserer Fachapplikationen sind ausgelagert. Und zwar in verschiedensten Bereichen, sei das bei den Einwohnerdiensten, im Finanzwesen oder auch bei der Primarschule. Und auch was den Sicherheitsdienst angeht, da arbeiten wir mit Partnern zusammen.

Gefragt wird auch nach den Kosten. Die Kosten sind da, wie erläutert. Und wir haben eben, wie gesagt, eine schlechte Nachricht. Sie werden wohl weiter steigen. Denn die Digitalisierung streitet voran. Und zwar intern und extern. Und es ist wirklich so, mit dem Essen kommt der Appetit. Je mehr wir investieren, desto mehr kommen Anliegen, dieses und jenes ebenfalls zu digitalisieren.

Das ist in einem gewissen Sinne auch ein Weg mit dem allgemeinen Fachkräftemangel umzugehen. Wir wissen aus unseren Studien, dass im öffentlichen Sektor bis 2030 die Fachleute recht dünn gesät werden. Man weiss im Moment nicht, auch im Kanton Zürich nicht, wie man all diese Stellen besetzen soll. Und wir hoffen uns, dass wir gerade über Digitalisierung solche Lücken abwenden können, indem wir die Effizienz erhöhen und automatisieren.

Aber eines kann man sagen, wir stehen in einem intergemeindlichen Vergleich gut da. Wir nehmen seit 2023 an einem Benchmarking teil und unsere IT-Kosten liegen dabei unter dem Median von diesen acht Gemeinden, die aus dem Kanton Zürich mitmachen. Und wir nehmen an, das sind nicht die Teuersten.

Jetzt ist die Frage, was kann man alles auslagern und was kann man nicht auslagern. Also wir lagern nicht alles aus, Kernaufgaben wie IT-Steuerung, IT-Sicherheit, Beratung und die zentralen Services bleiben bewusst in der städtischen Verantwortung. So stellen wir Qualität, Datenschutz und auch Betriebssicherheit sicher. Aber in anderen Bereichen prüfen wir laufend die Auslagerungstauglichkeit, soweit das wirtschaftlich ist, sicher und auch datenschutzkonform. Und ich gebe Ihnen da gerne einen Rückblick in diesem Zusammenhang.

Wir haben in den letzten Jahren einiges eingeführt und einiges davon sind eben SaaS (Software as a Service). Also wir haben im 2022 die Plattform CMI zu einem ganzheitlichen Dokumentenmanagement-System ausgebaut.

Dann haben wir im gleichen Jahr eine neue Sicherheitslösung zur Erkennung und Reaktion von hochentwickelten Cyberangriffen eingeführt. Das ist eine Hybridlösung. Im 2023 ein neues Ticketing-System. Das ist ebenfalls eine Software-as-a-Service-Lösung. Im 2023 ist auch ein neues Qualitätsmanagement-System in der Frohmatt ersetzt worden. Auch das eine Software-as-a-Service-Lösung. Im 2024 ist die Eingabe für elektronische Baugesuche eingeführt worden. Das ist eine Dienstleistung oder eine Lösung vom Kanton Zürich. Im 2024 haben wir die Digitalisierung im Personalwesen mit Einführung von Swiss HRM eingeführt. Auch das eine Software-as-a-Service-Lösung. Im 2025 haben wir die schon ziemlich in die Jahre gekommenen IT-Lösungen für die Einwohnerdienste und die Finanzen abgelöst durch ein neues System. SaaS-Lösung. Und ebenfalls dieses Jahr, jetzt gerade in diesen Wochen und Monaten, führt die Primarschule die Schulverwaltungslösung Escola an. Sie erinnern sich, auch das ist eine Software-as-a-Service-Lösung. Und in der Pipeline zur Einführung per 2026 ist der Ausbau vom Onlineschalter. Wir planen sie hin zu einem ausgebauten Bürgerkonto. Auch das ist eine Software-as-a-Service-Lösung. Und gleichzeitig arbeiten wir an der neuen IKT-Strategie ab 2026. Und dort wird das natürlich auch ein grosses Thema sein.

Vielleicht noch ein Wort zur IT-Sicherheit. Das war ja auch das grosse Anliegen der vergangenen Jahre des Gemeinderates. Ich verweise da auf verschiedene Vorstösse, die eingereicht worden sind. Der Stadtrat legt ebenfalls viel Wert auf IT-Sicherheit und auf den Schutz von Cyberangriffen. Manchmal gehen sie auf Kosten der Flexibilität, wenn dann ein paar andere wieder knurren. Aber wir denken, es ist wichtig, dass wir hier ein gutes Gleichgewicht haben. Für sensible Anwendungen z.B. setzen wir bereits heute auf Multifaktor-Authentifizierung. Und wir versuchen auch mit weiteren Sicherheitsmassnahmen dafür zu sorgen, dass wir bei Angriffen rasch reagieren können.

Fazit, wir setzen dort auf externe Partnerinnen und Partner, wo es sinnvoll ist. Das sind recht viele, aber entscheidend ist, dass wir die Kontrolle behalten wollen über die zentralen Aufgaben. Wir wollen – und das glaube ich ist in unserem aller Sinn – weiterhin eine sichere, wirtschaftliche und moderne Verwaltung haben, die möglichst unterstützt wird von den Informatiklösungen, aber wo wir auch die Fäden in der Hand behalten.

Andreas Gysler, FDP-BFPW-Fraktion: Wir bedanken uns ganz herzlich für die wiederum ausführliche Beantwortung. Es war nicht einmal so unglaublich technisch. Herzlichen Dank an dieser Stelle. Wir finden es super, dass das Thema Sicherheit so stark ins Zentrum gerückt wird. Da ich selber in einer Firma gearbeitet habe, die unter einem Hackerangriff gelitten hat, weiss ich, wie unglaublich belastend das sein kann. Vor allem, wenn es um die Daten der Bürger und Bürgerinnen von Wädenswil geht. An dieser Stelle einfach nochmal die Aufforderung, um sicherzustellen, dass sämtliche Partner, mit denen wir zusammenarbeiten, auch mit einer Multifaktor-Authentifizierung sich anmelden. Das war nämlich ein Einfallstor bei dieser Firma, bei der ich gearbeitet habe.

Die Stadt verfolgt eine hybride Infrastruktur, prüft den Bezug von Services, ist erwähnt worden. Ich möchte an dieser Stelle einfach nochmal hervorstreichen, dass Software-as-a-Service, für die, die mit Englisch nicht so bekannt sind, Software als Dienstleistung, nicht nur kosteneffizient ist und skalierbar, sondern es erhöht wirklich aktiv auch die Cybersicherheit. Ein Aspekt, wo erwähnt worden ist und immer wichtiger wird ist "make vs. buy". Ob man etwas selber erstellt oder einkauft, mit zu berücksichtigen, neben Anforderungen wie Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit, wird immer mehr das Thema der Benutzerfreundlichkeit für die Endnutzer, speziell für schulische oder publikumsnahe Anwendungen. Wenn Bürger und Bürgerinnen, Schüler und Schülerinnen bereits kommerzielle KI-Tools wie ChatGPT nutzen, sollte sich die Verwaltung überlegen, wie sie diese Realität auch in eigene Services integriert oder zumindest sinnvoll flankiert werden kann.

Technologische Realität, ideologische Haltung dürfen nicht auseinanderdriften, natürlich immer unter dem Aspekt der Sicherheit. Es wurde erwähnt, dass eine Studie bis 2030 einen Personalengpass voraussagen wird. Es werden auch ausdrücklich digitale Transformation, KI und Prozessoptimierung als zentralen Handlungsimpuls genannt. Die FDP-BFPW-Fraktion freut sich zuerst einmal, dass der Stadtrat auch den Kostendruck explizit erwähnt. Die Feststellung ist dann auch richtig, doch es fehlt noch ein aktives Bekenntnis zur Förderung von disruptiven Innovationen. Die digitale Transformation darf nicht nur als Reaktion auf den Kostendruck oder den Personalengpass gesehen werden, sondern auch eine Chance zur Neuausrichtung der Verwaltung. Die Stadt sollte mit Nachdruck neue Technologien – Automatisierung ist vorhin erwähnt worden – KI evaluieren und einsetzen.

Es sollte in der neuen IKT-Strategie verankert werden. Das schlägt mir vor, dass für jede personelle Neubesetzung auch eine technologiegestützte Bedarfsprüfung vorgenommen wird. So kann die Verwaltung effizient bleiben, was dann auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken wird. Und ich finde es super, dass dies auch aktiv von dir erwähnt worden ist, Philipp. Die IKT-Strategie betont, dass IKT zur Erhöhung von Wirkung und Leistungsfähigkeit beitragen soll und Dienstleistungen digital sowie nutzerorientiert anzubieten sind. Die Zielsetzung sollte ergänzt werden und die Rolle von KI als Service-Interface anwenden. Chatbots, intelligente Formularassistenten oder automatisierte Rückmeldungssysteme könnten die Bürger und Bürgerinnen schneller und effizienter unterstützen. Die einsatzversöhnlichen Technologien gehören in eine bürgerzentrierte und moderne Verwaltung. Und an dieser Stelle nochmals gesagt, auch in einer Primarschule.

Wenn ich sehe, wie meine Kinder heutzutage lernen und unterwegs sind, dann hoffe ich auch, dass man von der Schule her so ein Lernen auch aktiv unterstützen wird und nicht davon abraten oder abschrecken. Die Stadt Wädenswil erkennt wichtige Herausforderungen an, nutzt aber das Potenzial von KI und digitaler Transformation bisher noch nicht systematisch. Das ist aber auch angesichts der aktuellen Geschwindigkeit der technischen Veränderungen verständlich. Die neue Strategie sollte entsprechend auf eine zukunftsgerichtete Digitalvision beruhen, die mutige und konkrete Schritte zur Einführung von befähigender Technologie vorgesehen hat. Zum Nutzen der Verwaltung, Mitarbeitenden, Bürger und Bürgerinnen gleichermaßen. Wir empfehlen zudem, den Zeitraum der künftigen IKT-Strategie unter fünf Jahren zu lassen. Der Fortschritt ist schlicht zu rasant, um einen solchen Zeitraum in einer Strategie vorhersehen zu können. Wir bedanken uns nochmal für die Beantwortung der Interpellation.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel gibt es keinen Antrag auf Diskussion.)

Die Interpellation betreffend Optimierung der Städtischen IT gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

0.5.4

4. Interpellation der SVP-Fraktion, vom 27. Mai 2025, betreffend Stellenplan Stadtverwaltung; Begründung

Bruno Cogliati, SVP: Im Geschäftsbericht 2024 weist der Stadtrat für die Stadtverwaltung verteilt auf sämtliche Abteilungen insgesamt 268,7 Stellen aus. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass Bewerberinnen und Bewerber aus Wädenswil zum Teil gerade darum nicht angestellt worden sind, weil sie in Wädenswil wohnen und in der Gemeinde persönlich bekannt sind. Aus Sicht der Interpellanten ist es jedoch wünschenswert, dass bei der Stadtverwaltung möglichst viele Personen beschäftigt werden, die ihren Wohnsitz in Wädenswil haben.

An erster Stelle muss selbstverständlich die fachliche und persönliche Eignung der Stellenanwärterinnen und Stellenanwärter stehen. Darüber hinaus ist es aber nach der Auffassung der SVP-Fraktion wichtig, dass der Grundsatz Wädenswilerinnen und Wädenswiler zuerst bestmöglich angewendet wird. Einheimische Mitarbeitende kennen die örtlichen Verhältnisse ebenso wie die Bedürfnisse der Einwohnerschaft, Unternehmen, Vereine und Organisationen am besten. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind die kürzeren Arbeitswege zu erwähnen, die mit dem Velo, ÖV oder sogar zu Fuss zurückgelegt werden können, anstatt mit dem Auto an die Arbeit zu fahren. Die Interpellanten danken dem Stadtrat für die sachliche, präzise und termingerechte Beantwortung der gestellten Fragen.

Die Interpellation betreffend Stellenplan Stadtverwaltung geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

5. Postulat Grüne, vom 10. Juni 2025, betreffend Baumallee an der Oberdorfstrasse zur Klimaanpassung und Förderung der Schwammstadt-Prinzipien in Wädenswil; Begründung

Patrick Höhener, Grüne: Egal, wie man zur Klimaerwärmung steht, sie findet statt. Das ist der einleitende Satz aus meinem Postulat und den könnte man auch noch ergänzen mit "ob es einem passt oder nicht". Im Blog von Meteo Schweiz kann man nachlesen, dass der Juni 2025 der zweitwärmste Juni seit Messbeginn ist im Jahr 1864. Wir reden also von über 160 Jahren Messdaten. Der drittwärmste Juni war im Jahr 2022. Nur der Hitzesommer 2003 war noch wärmer. Seit ca. 1980 gehen Temperaturen im sogenannten 30-jährigen Mittelwert merkwürdig nach unten. Diese Realität kennen wir alle und wir spüren sie alle, Jahr für Jahr.

Natürlich kann man jetzt die Dinge schönreden oder relativieren, es sei alles nicht so schlimm, es hat schon immer wärmere und kühlere Perioden gegeben. Ja, das ist so. Aber die aktuelle Erwärmung ist real, sie ist erbarmungslos und sie ist rücksichtslos. Was will ich damit sagen? Die Sommer werden immer heisser und die Sonne scheint uns allen auf den Kopf. Und es wird in absehbarer Zeit nur noch extremer. Leider, das ist real. Die Hitze, die durch versiegelte Asphaltstrassen reflektiert wird oder durch Autos, die entlang von solchen Strassen an der prallen Sonne abgestellt sind, heizt die Umgebungstemperatur enorm auf. Ich habe eigene Messungen gemacht am vergangenen Donnerstag, 3. Juli. Etwa um 13.00 Uhr am Nachmittag waren es etwa 30 Grad Aussentemperatur. Auf dem Asphalt, auf dem Trottoir waren es 58 Grad. Ein paar Meter nebenan, unter einem Baumschatten, war die Oberfläche noch 34 Grad. Das ist also ein Unterschied von 24 Grad, etwa 5 Meter voneinander entfernt. Der gleiche Untergrund, das ist krass. Und das ist spürbar. Für Jung und Alt, für Mensch und Tier. Das ist brutal und erbarmungslos, weil man sich dieser selbst verursachten Hitze kaum entziehen kann. Alle leiden. Kein Parteibuch, kein Parteilogo schützt von den Auswirkungen dieser Hitze. Oder in anderen Worten, die Sommerhitze in Wädenswil ist rücksichtslos, weil sie eben alle betrifft, unabhängig vom Verhalten oder der politischen Einstellung.

Wir können diesen globalen Trend in Wädenswil nicht umkehren. Aber wir können lokal Massnahmen ergreifen, um die Auswirkungen der steigenden Temperaturen erträglicher zu machen. Das Prinzip ist so einfach wie brilliant und es ist uralte. Wir pflanzen schattenspendende Bäume entlang von asphaltierten Strassen und verhindern dadurch die hohen Oberflächentemperaturen. Wir ersetzen, wo es geht, Asphalt baulich durch andere Materialien und entsiegeln die Oberfläche, damit Regenwasser in den Boden gelangen kann und bei der Hitze wieder verdunstet. Das ist ein angenehmer Klimateffekt. Das nennt man eben das sogenannte Schwammstadt-Prinzip. Neben den klimatisch spürbaren Vorteilen hat das noch ausschliesslich positive Auswirkungen für Tiere und Kleinstlebewesen, was wiederum der Biodiversität zugutekommt. Zudem entlasten wir noch die Kläranlage und minimieren bei Starkregen das Risiko von überfüllten Kellern und Tiefgaragen oder von sich selbst lösenden Schachtdeckeln. Wer schon in der Provence unterwegs war, kennt die grossen Alleen mit Platanen in Städten, aber auch bei Überlandstrassen. Wer das schon einmal gesehen und erlebt hat, weiss, dass es sich dort unter den Baumalleen auch im Hochsommer sehr erträglich flanieren lässt. Aber eben nur dort. Wir müssen umdenken, wir müssen baulich umdenken.

Die versiegelten Oberflächen erweisen sich heute als einen klimatischen Bumerang. Schlechter kann man es eigentlich gar nicht machen. Warum also eine Baumallee an der Oberdorfstrasse? An der Oberdorfstrasse befinden sich viele Geschäfte, viele Leute sind zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs. Man spricht auch von Langsamverkehr. Aber die Strasse, inklusive Trottoir ist mit Ausnahme von wenigen vorhandenen Bäumen und Rabatten weitgehend versiegelt und heizt sich bei Sonnenschein stark auf. Durch die Bauten entlang der Strasse entsteht eine eigentliche Häuserschlucht, wo sich die Hitze zusätzlich staut. In der Nacht gibt der Boden tagsüber gespeicherte Wärme weiterhin ab. Das führt dazu, dass Temperaturen bei länger andauernden Wärmeperioden gar nicht mehr auf ein erträgliches Mass sinken können. Besonders für ältere Menschen oder Leute mit Kreislaufproblemen ist das extrem belastend oder sogar gesundheitsgefährdend.

An der Oberdorfstrasse wird eingekauft und es wird dort gewohnt. Und an ihr kommt man nicht vorbei. Darum ist es nur konsequent, sich genau an dieser Strasse der klimatischen Herausforderungen zu stellen. Und den Charakter dieser Strasse für alle sichtbar und spürbar zum Positiven zu verändern. Im kommunalen Richtplan ist Oberdorfstrasse als sogenannte publikumsorientierte Strassenraumgestaltung eingetragen. Dort ist u.a. festgehalten, dass der Strassenraum als öffentlicher Raum mit Verweilcharakter, mit direktem Bezug zu den Gebäuden, platzartigen Orten, sicheren Querungsstellen und attraktiven Verbindungen geschaffen wird. Ich weiss nicht mehr, was der Stadtrat unter Verweilcharakter versteht. Aber ich empfinde die aktuelle Gestaltung der Oberstdorfstrasse als wenig einladend. Und im Sommer bzw. bei diesen heissen Temperaturen würde ich ihr sogar eher das Attribut einer verweilfeindlichen Zone attestieren.

Ich komme jetzt nochmal zu unseren Forderungen. Der Stadtrat wird gebeten, die baulichen, verkehrstechnischen und finanziellen Voraussetzungen für eine baumbestandene Allee entlang der gesamten Oberdorfstrasse zu prüfen. Er soll geeignete Baumarten und Sträucher vorschlagen, die hitze- und trockenheitsresistent sind und eben auch stadtverträglich. Ein Umsetzungskonzept inklusive Etappierung und Kostenschätzung zu erarbeiten. Synergien mit allfälligen Bau- und Werkleitungssanierungen zu berücksichtigen und weitere mögliche alternative Strassen bzw. Strassenabschnitte auf dem gesamten Gemeindegebiet hinsichtlich der beschriebenen Anforderungen zu prüfen. Letztlich geht es um Mut, sich an einem Problem zu stellen, welches man nicht schönreden kann. Um einen lokal eingrenzbaeren Missstand zu beheben, braucht es konkrete lokale Massnahmen bei den jeweiligen wortwörtlichen "Hotspots".

Zum Schluss noch eine kurze Bemerkung. Am aufmerksamen Zeitungsleser ist es vielleicht nicht entgangen, dass in der Zürichsee-Zeitung von der letzten Woche über einen ganz ähnlichen Vorstoss im Parlament von Adliswil betreffend Bahnhofplatz debattiert worden ist. Dieser Vorstoss ist notabene von einem Vertreter der SVP gekommen. Das ist für mich eigentlich ein gutes Beispiel, das zeigt, dass es da eben nicht um ein parteipolitisches Anliegen geht, sondern um eine Lösung für ein aktuelles gesellschaftliches Problem, das uns alle betrifft.

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Eine kühle Stadt ist unbestritten wichtig für die Aufenthaltsqualität und für einen attraktiven Standort. Ein Anliegen, dass mittlerweile von links bis rechts anerkannt ist.

Wir sind uns in Wädenswil dem Problem der Überhitzung im Siedlungsgebiet bewusst. Dies wird deshalb aktiv bewirtschaftet. Ursache sind bautechnisch versiegelte Flächen und fehlende Grünflächen.

Der Stadtrat wird das Postulat jedoch nicht entgegennehmen, und ich werde Ihnen die Gründe darlegen.

Wir haben in der STEK das Projekt „Aufwertung Innenstadt“ in Angriff genommen. Da ist auch die Oberdorfstrasse ein Thema und zwar gestalterisch als auch hitzetechnisch. Nur das Problem ist, dass es sich bei einer Allee an der Oberdorfstrasse nicht wie in der Provence um eine von Anfang an so geplante Strasse handelt. Heute eine bestehende Strasse mit ihren baulichen Begebenheiten zu begrünen mit einer Allee, ist grundsätzlich schwierig. Trotz gutem Willen können wir nicht alles realisieren, was wir möchten, da bei der Pflanzung von Bäumen der Strassenabstand eingehalten werden muss. Und es verlaufen meist Leitungen im Boden (Frisch- und Schmutzwasser, Elektroleitungen, Glasfaser), welche die Pflanzung und das Gedeihen der Bäume erschweren.

Die Strasse ist noch nicht sanierungsbedürftig. Eine vorzeitige Sanierung bedeutet Wertvernichtung. Sie muss erst in ca. 5-10 Jahren Instand gestellt werden. Dennoch wollen wir nicht warten. Wir ziehen die Oberdorfstrasse in alle unsere Planungen ein. Ich kann mir vorstellen, dass wir die Sanierung in Etappen bewerkstelligen können. Wir können z.B. prüfen, ob wir einen Teil der PP chaussieren können. Wir müssen für eine vorzeitige Sanierung den Bedarf aller übrigen Beteiligten wie Abwasser, Elektrizitätswerk, Fernwärme, Wasser, Telekommunikation erheben. Desweiteren müssen – bedingt durch die Arbeiten für den Wärmeverbund – die Aspekte der Verkehrsführung während der Bauarbeiten der anderen Strassen- und Tiefbaustellen in der Innenstadt beachtet werden. Wir werden Massnahmen für die Aufwertung der Oberdorfstrasse zu gegebener Zeit gerne budgetieren.

Kurz: Das Thema ist angekommen, das Postulat rennt offene Türen ein. Das Postulat verlangt ein Konzept, das auch eine Etappierung einschliesst. Das Konzept habe ich dargelegt. Wenn Sie es überweisen, werden Sie nochmals das hören, was ich jetzt gesagt habe.

Ich möchte Ihnen aber noch darlegen, was wir aktuell bereits machen, auch als "Beweis", dass uns das Thema Schwammstadt wichtig ist:

Die Schwammstadt ist permanentes Thema bei allem, was wir in der Planung von Hoch- und Tiefbau machen. Bei Strassen- und Tiefbauprojekten arbeitet die Dienststelle Biodiversität eng mit dem Tiefbau zusammen und bringt das Thema Baum und Grünstreifen ein. Gerbeplatz, Hirschenplatz, Bahnhofareal. Der Stadtrat hat 2023 zudem den Masterplan Energie und Klima verabschiedet. Er beinhaltet 22 Massnahmen im Bereich Klimaanpassung und Überhitzung. Dafür ist ein jährlich wiederkehrender Rahmenkredit eingestellt, der in der letzten Budgetsitzung gesprochen worden ist. Wo immer möglich, werden Flächen sickerfähig gestaltet (Schwammstadt), wie z.B. auf dem zukünftigen Parkplatz Rietliu oder dem Parkplatz Weinreben, sowie die Beschattung von besonnten Plätzen und Strassen mit Bäumen sichergestellt (z.B. Bibliotheksplatz). Im vergangenen Jahr wurden 28 Bäume gepflanzt, z.B. zur Beschattung der Kreuzstrasse. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt an der Aktion Klimabäume, hilft dem Siedlungsklima des Naturnetzes Zimmerberg und arbeitet eng mit der

Arbeitsgruppe Stadtbäume Wädenswil zusammen. Falls realisierbar, wird immer erlebbares Wasser in Form von Wasserspielen (Au-Park), Brunnen (Bibliothek) oder offengelegten Gewässer (Glärnisch, MEWA, Gessner-Areal) geschaffen.

Diesen Sommer wird die Erarbeitung der Fachplanung Hitzeminderung abgeschlossen. Sie bildet eine wichtige Grundlage für weitere Arbeiten im Bereich der Hitzeminderung, insbesondere zum Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie Kindern, kranken und älteren Personen.

Ein wichtiger Pflock ist auch die BZO, wo der GR die Bedeutung der Grünthemen antizipiert hat. Das ist wichtig, denn Grünthemen sind kein Selbstläufer mehr; sie kommen unter Druck und wir müssen diese aktiv erhalten.

(Weil das Postulat vom Stadtrat nicht entgegengenommen wird, ist automatisch die Diskussion eröffnet und Ratspräsident Roman Schafflützel gibt das Wort frei)

Clemens Schroedter, Grünliberale: Das Postulat Schwammstadt-Prinzipien spricht die Herausforderungen einer Stadt wie Wädenswil korrekt an. Und auch die Vorschläge sind gut und sollen überall in der Kernzone – wo möglich – umgesetzt werden, wie wir auch gehört haben. Die Fokussierung auf die Oberdorfstrasse sowie den geforderten Detaillierungsgrad des Postulats erachten wir allerdings als problematisch. Zusammen mit den im Raum stehenden formellen Fragen rund um die Gültigkeit des Postulats hätten wir es begrüsst, wenn die Grünen beziehungsweise Patrick Höhener, das Postulat zurückgezogen und es modifiziert eingereicht hätte werden können. Da uns das Schwammstadt-Prinzip und Massnahmen gegen den Klimawandel ein Anliegen sind, würden wir ein so geändertes Postulat unterstützen und sind sicher, dass dieses auch eine Ratsmehrheit finden würde.

Weiter möchte die GLP-Fraktion an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Stadt Wädenswil, wie schon erwähnt, zu den Spitzenreitern der Schweizer Städte gehört mit dem grünen Anteil im bebauten Gebiet. An der Stelle möchten wir uns bei Markus Hohl bedanken, der sicherlich einen grossen Einfluss gehabt hat für den Naturschutz, der Biodiversität und in der Arealentwicklung. Aus grünliberaler Sicht hat er einen sehr guten Job gemacht und ist sicher mitverantwortlich dafür, dass wir ein schweizweit so gutes Resultat haben. Wir sollten jedoch dafür sorgen, dass die hohe Vegetationsabdeckung im Siedlungsgebiet weiterhin so bleibt bzw. mindestens so bleibt, auch wenn wir verdichtet bauen werden mit der neuen BZO. Dies gelingt uns jedoch nur, wenn wir unsere finanziellen Mittel optimal einsetzen, das heisst im regulären Zyklus vorausschauend breit in der Bevölkerung abgestützt und so nachhaltig wie möglich bauen.

Weiter geht es nicht nur um eine generelle Vegetationsabdeckung, sondern im Speziellen auch, um das jeweilige Mikroklima vor Ort. Daher macht es durchaus Sinn, sich die "Hot-spots" (im wahrsten Sinne des Wortes) anzuschauen. Jetzt jedoch eine Sanierung der Oberdorfstrasse zu forcieren und eine intakte Strasse vor dem Ende ihres Zyklus aufzureissen, generiert Kosten und graue Energie. Hier sind wir klar dagegen. Dies muss sinnvoll geplant werden. Umso wichtiger ist es, dass bei Zeiten ein Plan ausgearbeitet wird, wie schon angesprochen von Astrid, der dann zum richtigen Zeitpunkt umgesetzt werden kann. Gemäss

BZO soll die Oberdorfstrasse – wie auch schon erwähnt – einen Verweilcharakter bekommen. Hierzu bräuchte es meiner Meinung nach mehr als ein paar Bäume. Man müsste die Oberdorfstrasse auch ein wenig autounzentrierter gestalten.

Da wir von der GLP wissen, dass es einige Zeit benötigt, um eine solche mutige Sanierung zu planen und auch die Schwammstadt-Prinzipien mit Verweilcharakter mit den grossen Infrastrukturproblemen dazu, umzusetzen, stimmen wir für die Überweisung des Postulats und sind uns sicher, dass der Stadtrat dann die Umsetzung zu einem sinnvollen Zeitpunkt unter Abwägung sämtlich involvierter Interessen umsetzt. Der Stadtrat erhält so unter anderem die Gelegenheit, detailliert seine bisherigen Bemühungen auszuführen, zukünftiges Potenzial zu identifizieren und den Plan genau aufzuzeigen. Gleichzeitig könnte der Einsatz sämtlicher Ressourcen sowohl des zukünftigen, sehr wertvollen Grünkapitals wie auch der städtischen Finanzen aufeinander abgestimmt und letzteres wirkungsvoll eingesetzt werden. Das wäre im Sinne der grün-liberalen Politik.

Roman Hermann, FDP: Ja es war in den letzten Wochen heiss. Und ja, es ist unbestritten, dass Bäume einen positiven Einfluss auf die Wärmeregulierung in überbauten Gebieten haben. Vor diesem Hintergrund entbehrt das Postulat der Grünen nicht an einer gewissen Aktualität. Trotzdem unterstützt die FDP-BFPW-Fraktion das Postulat in Bezug auf die Oberdorfstrasse nicht. Wer nämlich an der Oberdorfstrasse einen Augenschein vor Ort nimmt, der stellt fest, dass es sich dabei nicht um eine karge Betonwüste handelt, so wie es Patrick Höner uns beschrieben hat, sondern dort schon ziemlich viele Bäume stehen und auch ein unbebautes grünes Grundstück an der Strasse liegt. Zusätzliche Bäume gingen somit unweigerlich zu Lasten von bestehenden oberirdischen Parkplätzen, was wir an der Oberdorfstrasse ansässigen Gewerbetreibenden und unseren angespannten Stadtfinanzen nicht antun möchten. Dem Verfasser des Postulats war wahrscheinlich auch nicht bekannt, dass unsere Gemeinde betreffend dem sogenannten Vegetationsindex, sprich der Grünfläche im Kerngebiet einer Gemeinde mit knapp 70 % auf dem 2. Platz unter allen grösseren Schweizer Städten liegen, wobei ein Wert von über 50 % als stark begrünt gilt. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir bei der nächsten Hitzewelle einen Sprung in den schönen Zürichsee zur Bewahrung eines kühlen Kopfes und zur Schonung der angespannten Gemeindefinanzen anstelle einer zwanghaften zusätzlichen Begrünung der Oberdorfstrasse.

Karin Signer, SP: Seit ich das Postulat der Grünen mit seinen vielen guten Argumenten gelesen habe, bin ich mehrere Male an die Oberdorfstrasse gegangen und habe Folgendes festgestellt. Gerade in den letzten Tagen war die Hitze ja ziemlich gross. Erträglich ist das einzig im Schatten von den wenigen Bäumen, die dort stehen, oder aber im Schatten der Häuser, der aber um die Mittagszeit nicht vorhanden ist.

Zweitens, es kaufen dort unter anderem sehr viele ältere und ganz alte Frauen mit ihren Einkaufstrolleys ein, die es sicher begrüßen würden, die ganze Strecke im Schatten zu gehen.

Drittens bin ich extra mit einem Glacé unter einem Baum auf eine kleine Mauer gesessen und bin in dieser kurzen Zeit von drei Passantinnen angesprochen worden, woraus sich kleine nette Gespräche ergeben haben. Soviel zum Stichwort Begegnungszone.

Viertens, diese Parkplätze entlang der Strasse könnten ohne Verlust zugunsten von Bäumen und Strassenbegleitgrün aufgehoben werden, weil es in der Migros-Parkgarage genug Platz für alle Autos gibt.

Zum Schluss noch. Ich wäre unglaublich stolz auf Wädenswil, wenn es mir in meiner Zeit als Gemeinderätin gelingen würde, an der Oberdorfstrasse die Erstellung einer solchen Baumallee mindestens in die Wege zu leiten. Die Erfolge dieser Abkühlung wären messbar und spürbar und könnten als gutes Beispiel dienen für andere Strassen auf dem Gemeindegebiet oder auch für andere Gemeinden. Darum, ja, macht doch mal so eine Musterstrasse. Nicht immer nur so ein bisschen hier und da.

Patrick Reust, SP: Wir merken es alle. Wenn es draussen heiss ist und die Sonne vom Himmel brennt, machen wir einen grossen Bogen um asphaltierte Strassen, die der Hitze voll ausgesetzt sind. Wenn auch noch eine besonnte Sonnenmauer nebenan ist, strahlt die Hitze aus drei Richtungen auf einen ein. Versiegelte Strassenoberflächen können sich bei direkter Sonneneinstrahlung auf über 60 Grad erhitzen. Die Massnahmen, dessen entgegenzuwirken und die Temperaturen bei einer Hitzeinsel zu senken, sind bekannt. Mehr Bäume, die Schatten spenden und über ihre Blätter Wasser verdunsten. Die Entsiegelung von Bodenflächen, damit sie Wasser aufnehmen können und sie auch wieder abgeben, wenn es draussen heiss ist. Denn die Verdunstung von Wasser entzieht der Luft die Wärme. Und Brunnen. Das Grundwasser ist angenehm kühl und die Verdunstung der offenen Wasserfläche senkt die Lufttemperatur ebenfalls. Brunnen sind natürlich zusätzlich sinnvoll, damit die hitzegeplagten Passantinnen und Passanten trinken und ihre Flaschen füllen können. Ich stelle mir einen Strassenraum mit hoher Aufenthaltsqualität folgendermassen vor:

Durch Bäume beschatteten Fussgängerbereich mit vielen grünen Elementen, die Wasser aufnehmen können. Mit Sitzmöglichkeiten im Schatten von Bäumen und mit einem Brunnen zur Erfrischung. Die Oberdorfstrasse, auch das wissen wir alle, ist ziemlich genau das Gegenteil davon. Richtig ungemütlich. Ein Hitzespeicher mit einer katastrophalen Mikroklimabilanz. Gleichzeitig ist die Oberdorfstrasse aber auch Standort von vielen Geschäften. Weil es eine Einbahnstrasse ist, ist sie einigermassen verkehrsarm und hat viel Laufkundschaft und langsamen Verkehr. Das ist jetzt wirklich der perfekte Standort zur Umsetzung von Massnahmen für die Verbesserung des Mikroklimas. Aber es ist schon so, es gibt keine Wunderlösungen.

Wie ich schon gesagt habe, sind die erforderlichen Massnahmen Bäume und Entsiegelung von Boden und Wasser. Wir haben es ja von anderen mehrfach gehört heute. Das wird Kompromisse erfordern. Bäume und Wasserelemente brauchen Platz. Ein Baum je nach Art bis tief in den Boden. Für ein besseres Mikroklima werden wir wahrscheinlich auf den einen oder anderen Parkplatz verzichten müssen. Und auch die von bürgerlicher Seite immer wieder beschworenen Tiefgaragen verhindern grosskronige Bäume und behindern so ein gutes Mikroklima. Ich spreche mich klar für die Aufenthaltsqualität der Menschen aus. Und ich spreche mich auch für ein gutes Angebot für einen klimaschonenden Langsamverkehr aus. Es ist nicht nötig, mit dem Auto direkt neben jeder Geschäftstür zu parkieren. An dieser Lage und vor allem beim Sortiment der dortigen Geschäfte ist es vertretbar, zugunsten von Bäumen und einem Brunnen auf den einen oder anderen Parkplatz zu verzichten.

In diesem Sinne wünsche ich mir eine mutige Analyse des Stadtrats, ganz ohne Tabus. Ich bin enttäuscht vom Stadtrat, dass er dieses Postulat nicht entgegennehmen will. Er könnte den Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner von Wädenswil nehmen, oder bewegt sich die Mehrheit unserer Stadträtinnen und Stadträte im Sommer nur im klimatisierten Fahrzeug? Bei dem von Stadträtin Astrid Furrer genannten guten Willen wäre da sehr wohl etwas zu machen. Es heisst halt auch für eine Umgestaltung des Strassenraums offen zu sein. Man kann nicht alles sein lassen, wie es ist und entschuldigend sagen, dass es keinen Platz für einen Baum hat. Das ist viel zu wenig, um etwas zu diesem Thema beizutragen. Die Menschen leiden an diesen Hitzespots. Es ist die Aufgabe der Politik, hier eine Verbesserung zu schaffen, umso mehr da all die notwendigen Massnahmen bekannt und umsetzbar sind.

Die SP-EVP-Fraktion will, dass der Stadtrat die Forderungen in diesem Postulat angeht und konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Mikroklimas identifiziert. Unsere Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Ulrich Reiter, Grüne: Ich habe noch eine Anmerkung. Die Oberdorfstrasse liegt im Fernwärmeparameter. Wir haben vorher darüber gesprochen, über die Fernwärme. Das heisst, die Strasse wird nicht in 5 oder 10 Jahren umgebaut, die wird zukünftig hoffentlich relativ bald aufgemacht. Und in diesem Zusammenhang, wenn man dort eine dicke Wärmeleitung hineinlegt, müsste man eigentlich die komplette Planung dieser Strasse mit angehen und diese Zeit nutzen, um sich zu überlegen, wie man diesen Strassenraum umgestalten kann. Nicht, dass die Situation entsteht, dass wenn man die Strasse öffnet und nicht die Fernwärme verlegt und danach feststellt, dass man eigentlich noch etwas hätte machen können. Das haben wir an der Zugerstrasse verpasst, wo der Kanton baut und man danach bemerkt hat, man hätte noch viele Massnahmen verbessern können. Also wenn wir jetzt die Zeit nutzen, mit dem Postulat die Planung anzugehen und beim Aufbruch der Oberdorfstrasse für den Fernwärmeausbau gleich die Umgestaltung in Angriff nimmt, würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Von daher würde ich es begrüessen, wenn man das Postulat annimmt und nachher dort eine kombinierte Planung vornimmt.

Patrick Höhener, Grüne: Vielleicht noch eine kurze Ergänzung zu dem, was schon gesagt worden ist, auch seitens der FDP. Natürlich weiss ich, dass es schon Bäume und Sträucher hat, ich habe das auch erwähnt. Natürlich weiss ich auch, dass wir bei solch einem Ranking gut abschneiden. Ich glaube aber, es bringt nichts, sich mit einem Ranking irgendwie selbst zu beweihräuchern, weil wenn der Hotspot Oberdorfstrasse oder andere Strassen im Zentrum heiss sind, dann ist das einfach so und dann bringt das nichts, wenn ich mir sage, wir sind auf der Rangliste in den Top Ten. Es ist einfach heiss und es bleibt heiss, Ranking hin oder her.

Und vielleicht noch zusätzlich, ich finde es wirklich gut, was Ueli unter dem Aspekt der Fernwärme gesagt hat. Aber grundsätzlich, wenn man sich dem Thema annimmt, weil ich glaube, es ist ein Prozess, es ist ein Weg, den man gehen muss. Aber es ist auch eine Willensbekundung, ob man grundsätzlich gewillt ist, sich an einer visionären Sicht zu nähern, sich dafür zu begeistern und etwas genauer anzuschauen, als einfach zu sagen, wir machen bereits relativ viel.

Ja, das ist okay, wir machen bereits relativ viel, aber wir machen nicht genug. Und es ist jetzt etwas Konkretes, das ich vorschlage und ich finde, zu einem konkreten Vorschlag würde ich mir doch auch sehr konkrete Antworten wünschen. Und nochmal, grundsätzlich glaube ich, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Es ist ein Prozess, aber ich würde mich freuen, wenn wir den Prozess gehen und in dem Sinne hoffe ich, dass wir mit einer Abstimmung den Stadtrat dazu bewegen können, das Postulat anzunehmen.

(Auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten gibt es keine weiteren Wortmeldungen.)

Abstimmung über die Überweisung des Postulats

Der Rat lehnt die Überweisung mit 19 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

1.1.1

6. 21 Einbürgerungsgeschäfte

Joël Utiger, Präsident Bürgerrechtskommission, Die Mitte: Die Bürgerrechtskommission hat die vorliegenden Einbürgerungsgesuche sorgfältig geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat, den Kandidatinnen und Kandidaten das Wädenswiler Bürgerrecht zu erteilen.

Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten 21 Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Es wird einzeln über die Einbürgerungen abgestimmt und den Kandidatinnen und Kandidaten unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

[Die amtliche Publikation dieser Beschlüsse erfolgt aufgrund kantonaler Vorgaben nicht mehr.]

Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel: Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton haben Sie mit der Zustimmung durch den Gemeinderat heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben. Herzliche Gratulation Ihnen allen. Machen Sie doch bitte Gebrauch von Ihren neuen Rechten und beteiligen Sie sich am politischen Geschehen in Wädenswil. Der Stadtrat führt zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Sie werden in absehbarer Zeit entsprechende Post erhalten. Die eingebürgerten Personen sollen jetzt kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen wird ein kleines Präsent überreicht.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Roman Schafflützel schliesst die Sitzung.)

Fabian Marty, Ratssekretär a.i.